

Englischsprachiges Original:

<https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>

Übersetzung des folgenden Dokuments:

National Security Archive,
The George Washington University, Washington, D.C.,

<https://nsarchive.gwu.edu/sites/default/files/documents/4325690/Document-13-Memorandum-of-Conversation-between.pdf>

**Wortprotokoll des Gesprächs
zwischen Helmut Kohl und George Bush
in Camp David**

24. Februar 1990

*(Memorandum of Conversation between Helmut Kohl and George Bush
at Camp David)*

[Am oberen und unteren Rand jeder Seite links:]

~~Geheim~~/Empfindlich

[Am oberen und unteren Rand jeder Seite in der Mitte, von Hand durchgestrichen:]

~~GEHEIM~~

[nur 1. Seite: Briefkopf mittig:]

Das Weiße Haus

Washington

[handschriftliche Zahl oberer Rand rechts:]

2672

[Stempel am oberen Rand rechts:]

MEMCON

[nur 1. Seite Stempel:]

Deklassifiziert

Deklassifizierung auf: OADR

per E.O. 12058,

wie geändert

[dazu handschriftlich:] 21.8.2009

[dazu am Ende jedes Textabsatzes:] (S) [von Hand durchgetrichen]

Übersetzt von Joachim Wernicke, Berlin, 19.06.2022 Rev. 16.09.2022

[*Beginn des Textes:*]

GEGENSTAND: Treffen mit Helmut Kohl, Kanzler der Bundesrepublik Deutschland
(U)

TEILNEHMER:

Der Präsident

James A. Baker, Außenminister

Brent Scowcroft, Assistent des Präsidenten für Nationale Sicherheits-
angelegenheiten

Robert Blackwill, Sonderassistent des Präsidenten für Nationale Sicherheits-
angelegenheiten (Protokollführer)

Helmut Kohl, Kanzler

Horst Teltchik, Sicherheitsberater des Kanzlers

Walter Neuer, Chef des Kanzleramts

Uwe Kaestner, Stellvertretender Sicherheitsberater des Kanzlers zu Ost-West-
Themen

[*Anmerkung des Übersetzers: Der deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher
war nicht anwesend*]

DATUM/UHRZEIT 24. Februar, 1990, 14:37 – 16:50 Eastern Standard Time

UND ORT: Camp David – Erstes Treffen

Bundeskanzler Kohl: Ich habe ein paar Punkte, die ich mit Ihnen besprechen möchte. Zuerst möchte ich Ihnen danken, dass Sie mich hierher eingeladen haben. Zweitens möchte ich Ihnen für all Ihre Zeichen der Freundschaft danken, seit Sie Präsident geworden sind. Der Brief, den Sie mir geschrieben haben, bevor ich nach Moskau ging, wird als ein wichtiges Dokument in die Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen eingehen. Und wir werden nicht vergessen, was Minister Baker in Moskau für mich getan hat, als er mich über seine Gespräche mit Gorbatschow informierte, bevor ich ihn sah. Das war entscheidend. Die deutsch-amerikanische Freundschaft ist heute stärker denn je in der Nachkriegszeit. Sie ist lebenswichtig. Das gilt nicht nur im militärischen Sinne.

Wenn die Dinge gut laufen, werden wir enorme Veränderungen erleben in Europa, selbst wenn Gorbatschow fällt. Sein Nachfolger muss eine ähnliche Politik betreiben. Dies ist eine zwangsläufige Entwicklung in der Sowjetunion. Ich habe Gorbatschow gesagt, dass man nicht zurückgehen kann zu Stalin. In Europa wird es keinen Platz des Himmlischen Friedens geben, sagte ich ihm, nicht in Dresden, Budapest oder Warschau. Die Folgen eines solchen Ereignisses wären jenseits der Vorstellungskraft. Hitler tötete Menschen, die Radiosendungen hörten, aber jetzt

sind deutsche Fernsehprogramme in Kiew zu sehen. Die Welt hat sich bis zur Unkenntlichkeit verändert, und die Massenkommunikation war eine wichtige Ursache dieser Veränderungen. Ich sagte Rakowski, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Polens, er und die Kommunisten würden erledigt sein, wenn der Papst sein Land besuche. Diese Veränderungen sind die Realität, in der wir leben. Die Situation der Erneuerung wird weiter bestehen, in Polen, in der Tschechoslowakei, in Ungarn und etwas später in Bulgarien und Rumänien. In Europa gibt es also diese neue Dimension.

In zwei Jahren werden wir den einheitlichen EG-Binnenmarkt haben, und die Folgen werden dramatisch sein. Innerhalb der Gemeinschaft wird es einen verstärkten Drang geben, sich noch schneller für die europäische Einigung einzusetzen, damit die EG mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten Schritt hält. Ich habe mich immer für die europäische Einheit eingesetzt. Nun, stimmen mir alle EG-Führer zu, außer Margaret Thatcher. Bis zu den nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1994 werden wir mehr Befugnisse an die europäischen Institutionen delegieren müssen, als jetzt erwartet wird. Grund dafür ist die deutsche Vereinigung. Man sagt, wenn Deutschland 80 Millionen stark ist, müssen die Deutschen in Europa integriert werden. Ich freue mich darüber.

Diese Entwicklungen werden einen großen Einfluss auf unsere Geldpolitik haben. Wenn wir klug sind, müssen die Vereinigten Staaten und die EG eng zusammenarbeiten. Die Beziehung zwischen der Gemeinschaft und den USA ist von größter Bedeutung, und dies wird besonders in den 1990er Jahren besonders gelten. Die EFTA-Staaten und die Staaten Osteuropas werden wahrscheinlich in den 1990er-Jahren Mitglieder der EG. Dann wird es eine Bewegung in Richtung dessen geben, was Francois Mitterrand eine Konföderation Europas nennt. Es ist ein System, das sich selbst erschaffen wird, aber es wird dies in enger Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten tun.

Geografisch sind wir im Zentrum. Wir werden 80 Millionen Einwohner haben. Wirtschaftlich werden wir die Nummer eins sein. Wir haben also mit vielen psychischen Problemen zu kämpfen. Es gibt alte Ängste, die aus der Geschichte stammen; wir müssen diese Ängste ernst nehmen. Wir müssen in unseren Beziehungen zu unseren Nachbarn entgegenkommend sein. Andere müssen sehen, dass die Deutschen die europäischsten Europäer sind. Unsere Beziehungen zu den Franzosen sind besonders wichtig. Für Paris ist es wichtig, dass sie etwas haben, was wir nicht haben, und dieses Etwas sind Atomwaffen.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen müssen stark bleiben. Das wird dazu beitragen, Ängste in Europa abzubauen. Wir in Deutschland brauchen ein gutes

Verhältnis zu den USA aus vielen Gründen. Wir müssen raus aus dem nach innen blickenden Geist, denn die Menschen fürchten nicht unsere militärische, sondern unsere wirtschaftliche Stärke. Die USA sind uns in Forschung und Entwicklung leicht voraus; wir sind auf gleicher Höhe mit Japan. Das schürt auch Ängste. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass das Netz der amerikanisch-deutschen Beziehungen so eng wie möglich gewoben werden muss. Dazu gehören der Austausch in Universitäten, Firmen und dem Deutsch-Amerikanischen Jugendrat.

Nun zum Thema Deutsche Einheit: Die Entwicklungen sind so dramatisch, dass ich es kaum glauben kann. Der Kommunismus in der DDR ist wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Er sah aus wie ein Riese, aber er war hohl. Wir versuchen jetzt, die Situation zu stabilisieren, damit man Zeit hat, nach vernünftigen Ansätzen zu suchen. Mein Zehn-Punkte-Programm vom letzten November wurde weggefegt. Die psychische Situation in der DDR war bis Weihnachten in Ordnung, doch im Januar brach die Modrow-Regierung zusammen. Lassen Sie mich Ihnen zwei Beispiele geben. Tausende Menschen laufen jeden Tag davon, und Modrow weiß nicht, wie er Vertrauen schaffen soll. 350.000 Menschen kamen in die BRD, davon sind 200.000 jünger als 30 Jahre. Ihre Zahl enthielt Zahnärzte, Physiker, Ingenieure und Facharbeiter. Zwischen dem 1. Januar und heute haben die Einwohner entsprechend einer ganzen Stadt die DDR verlassen. In sieben Wochen waren es insgesamt über 100.000. Wir müssen einen Weg finden, die Menschen zum Bleiben zu bewegen. Die Produktivität im Osten ist stark rückläufig. Alle wollen in D-Mark bezahlt werden. Der Mangel nimmt zu. Die Korruptionsprozesse gegen ehemalige DDR-Beamte haben verheerende Folgen. Von den 15 wichtigsten Beamten in der DDR vor einem Jahr sitzen 10 im Gefängnis. Das war früher mal die Führung der DDR. Im Rest des Landes ist die Korruption genauso schlimm.

Vor drei Wochen war die Situation so, dass ich zu dem Schluss kam, dass wir etwas ganz anderes machen müssen. Wir mussten unser Programm ändern. Also brauchen wir jetzt eine Währungsunion. Marty Feldstein sagt, wir sind verrückt. Lehrbücher helfen nicht; sie haben keine Antworten auf solche Probleme. In drei Wochen ist DDR-Wahl. Das neue Parlament wird schnell Entscheidungen treffen. Sie wollen vielleicht, dass wir Geld in ihre Staatsunternehmen stecken. Wir werden nein sagen. Wir geben jetzt 6 Milliarden DM für die Gesundheit aus, aber das ist etwas anderes, als Geld für die industrielle Entwicklung auszugeben. Ihr Telefonsystem funktioniert nicht; die Eisenbahnen sind eine Katastrophe; und die Umwelt ist ein einziges Durcheinander, einschließlich zweier gefährlicher Kernreaktoren – schlimmer als das Design des Reaktors von Tschernobyl. Die Situation ist einfach katastrophal. Also muss ich schnell handeln. Ich muss darauf bestehen, dass sie unmittelbar nach den Wahlen zur Marktwirtschaft übergehen. Wir werden Altersrenten und Sozialleistungen für Arbeitslose finanzieren müssen.

Es sieht alles ziemlich verheerend aus. Aber ich glaube, wenn die DDR einen Markt hat, menschenwürdige Arbeitsbedingungen hat, wird sie in 3 bis 5 Jahren ein wohlhabendes Gebiet sein. Und die Europäische Gemeinschaft wird davon profitieren. Das wird passieren, weil die Ostdeutschen gute Menschen sind; das ist das alte Industriegebiet Deutschlands. Die DDR wird kein Bantustan sein. In der Bundesrepublik gibt es etwa 5.000 Unternehmen, die bereit sind, in die DDR zu gehen. Dieser ökonomische Aspekt ist der drängendste Aspekt meiner Probleme.

Minister Baker: Zur Währungsunion, was sind Ihre Pläne?

Bundeskanzler Kohl: Es muss schnell gehen. Die gesamte Verbesserung setzt eine Währungsreform voraus. Dies bedeutet, dass wir das Geldsystem der Bundesbank unterstellen müssen. Heute gibt es in der DDR keine Privatbanken, aber damit kann man umgehen. Das ist echte Chance auch für die Bundesrepublik. Wir werden dick und faul. Aber jetzt ist einiges Abenteuer in unser nationales Leben gekommen. Die Aussicht auf eine Wiedervereinigung gibt meiner eigenen Partei Energie. An diesem Wochenende waren 2.000 CDU-Mitglieder in der DDR politisch aktiv. 1948, als ich 18 Jahre alt war, herrschte im Land dieselbe frische Stimmung. Auch das kirchliche Leben in der DDR ist intensiver. Es kommen also auch gute Dinge aus der DDR. Ich hoffe also, dass wir die Währungsunion bald vollenden können.

Früher war das ostdeutsche Gebiet in Länder geteilt. Ulbricht hat dies abgeschafft. Das war ein großer Fehler. Leute dort wollen die fünf Länder zurückbringen. Wir wollen ein bundesstaatliches System behalten. Die Franzosen und die Polen wollen auch, dass wir so bleiben. Wir müssen auf zwei Linien arbeiten, die beide gleich wichtig sind: (1) innerdeutsche Angelegenheiten und (2) der Umgang mit unseren Nachbarn. Wir müssen die Integration in der EG intensivieren und die politische Integration fördern, um europäische Ängste abzubauen.

Nun zu externen Problemen. Die Grenzfrage ist nicht ernst. Unter Freunden kann ich ehrlich sein. In der Bundesrepublik sind heute 85 bis 90 % der Bevölkerung für die Oder-Neiße-Grenze. Die überwiegende Mehrheit weiß, dass dies die Grenze sein wird. Der Erbauer von Camp David, Mr. Roosevelt, wird in Deutschland niemals beliebt sein. Die Polen wurden nach Westen gedrängt, und die Deutschen wurden vertrieben. Das war eine Reaktion auf Nazi-Verbrechen, aber die betroffenen Deutschen waren unschuldig, das waren 12 bis 14 Millionen Menschen. Ein Drittel des Reichsgebiets von 1937 wurde abgeschnitten. 1945 wurden 2 Millionen deutsche Zivilisten auf der Flucht aus Osteuropa getötet. Wir müssen uns in meinem Land mit diesem psychologischen Problem auseinandersetzen.

Die endgültige Lösung der Grenzfrage, dachte man in den 1970er-Jahren, würde durch einen Friedensvertrag kommen. Ich will keinen Friedensvertrag über Deutschland. Es wäre keine gute Idee. 110 Länder befanden sich im Mai 1945 im Krieg mit Deutschland. Es geht darum, die Polen bezüglich der 1.000-Kilometer-Grenze rückzuversichern. Sie müssen die Zusage erhalten, dass sie sicher sind. Die Vier Mächte müssen zum Beispiel eine entscheidende Rolle spielen. Wir werden drei Teile vereinen: die Bundesrepublik, die DDR und Berlin. Sie sind rechtlich beteiligt.

Die Polen sollten sich klarmachen, dass verbindliche Entscheidungen durch einen Vertrag zustande kommen müssen, der von einem gesamtdeutschen Parlament in einem gesamtdeutschen Staat ratifiziert ist. Ich in der Bundesrepublik kann nicht für ein vereintes Deutschland handeln. Aber wir müssen daran arbeiten, die Erwartungen der Polen zu erfüllen. Die Grenze ist kein Problem. Das Problem ist vielmehr, dass die Polen möglicherweise Reparationen fordern. Das fände ich inakzeptabel. Wir haben bereits 150 Milliarden DM an Polen, Israel und Einzelpersonen gezahlt. Wir werden nicht mehr bezahlen, fünfzig Jahre nach dem Krieg.

Minister Baker: Will Mazowiecki Reparationen?

Bundeskanzler Kohl: Ja, zumindest sein Umfeld. Wir haben einige Kredite erlassen, aber das kann ich nicht jedes Jahr tun. Das bringt mich zu Zwei plus Vier. Es wird für uns entscheidend sein, in folgender Weise weiterzumachen : Die USA und Deutschland werden so eng wie möglich zusammenarbeiten. Wir müssen uns darüber verständigen, was wir wollen. Dann werden wir mit unseren Partnern sprechen, einschließlich der Sowjetunion. Ich bin absolut gegen die Erweiterung von Zwei plus Vier. Sobald Sie das aufmachen, können Sie die Grenze nicht ziehen.

Ich werde etwas ein bisschen Gefährliches sagen, was schwierig zu beherrschen sein kann. Wenn wir uns zwischen den USA und der Bundesrepublik abstimmen, müssen wir dieses Problem möglicherweise gegenüber Polen lösen, nicht durch Mitwirkung, sondern durch Konsultation, um die psychische Belastung abzumildern. Die Polen sind einzigartig. Sie sind die einzigen, die ein Grenzproblem haben. Wir müssen uns Gedanken machen, wie das gehen kann.

Ich weiß, dass Sie viele polnisch-stämmige Amerikaner in Ihrem Land haben. Ich würde Mazowiecki gerne helfen, aber Zwei plus Fünf geht nicht. Wir sollten bei Zwei plus Vier bleiben, aber über einen Konsultationsmechanismus für Polen nachdenken. Gorbatschow interessiert sich nicht für die Oder-Neiße-Frage; er will nur nicht, dass Polen die Frage seiner Ostgrenze aufwirft. In der UdSSR gibt es alte polnische Städte.

Mitterand sagte letzte Woche, es sei eine Schande, dass es diese Grenzen gebe, aber fügte er hinzu, sie seien Realitäten. Das bereitet mir zu Hause Probleme, aber ich werde mich damit auseinandersetzen müssen. Wir müssen uns mit den psychischen Problemen Polens und auch der Deutschen auseinandersetzen. Die SPD wird dieses Thema gegen mich verwenden, nicht aus Liebe zu Polen, sondern aus Mangel an Liebe zu mir. 1950 erkannte die DDR die polnische Grenze an, brachte aber Polen ausdrücklich dazu, Ansprüche auf Reparationen aus Deutschland aufzugeben. Jetzt tun die Polen so, als hätten sie das nicht getan: Grenze nein, Reparationen ja, von Warschau aus gesehen. Meine Motive sind gut. Wir müssen eine vernünftige Lösung finden. Ich hoffe, dass im nächsten Jahr ein gesamtdeutsches Parlament einberufen wird und das regeln wird.

General Scowcroft: Welche Art von Zeitrahmen haben Sie im Sinn, um die Grenzfrage anzusprechen?

Bundeskanzler Kohl: Wir sollten das Zwei plus Vier in diesem Jahr abschließen, vor dem KSZE-Gipfel.

Minister Baker: Wenn die Zwei plus Vier ihre Arbeit abschließen, wird das Thema beim KSZE-Gipfel hochkommen.

Bundeskanzler Kohl: Wenn die Zwei-plus-Vier-Gespräche abgeschlossen sind, wird die KSZE absegnen, was immer beschlossen wurde.

Minister Baker: Genau.

Bundeskanzler Kohl: Aber wir brauchen aber eine psychologisch attraktive Lösung für Polen. Wir müssen weiter nachdenken. Ein Weg lässt sich finden.

Deutschland will keinesfalls Neutralität. Das wäre eine tödliche Entscheidung. Es besteht kein ernsthaftes Interesse daran. Ein vereintes Deutschland wird Mitglied der NATO sein. Allerdings bedarf es einer genauen Definition für die NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. Wir brauchen auch eine Übergangszeit. NATO-Einheiten, einschließlich der Streitkräfte der Bundeswehr, die der NATO zugeordnet sind, können nicht auf ostdeutschem Boden stationiert werden.

Es würde nicht funktionieren, dass die sowjetische Streitkräftegruppe in Ostdeutschland auf unbestimmte Zeit dort bleibt, weil dies die deutsche Souveränität aushöhlen würde. Und wir müssen entscheiden, was wir mit der ostdeutschen Neuen Volksarmee mit ihren 200.000 Soldaten machen. Und wenn Westdeutschland Mitglied der NATO ist, sollte das in der Weise geschehen, wie wir mit Frankreich umgehen? Was ist mit der deutschen militärischen Integration in das neue

Deutschland? Ist das eine gute Idee? Aber wir wollen keinen Sonderstatus für ganz Deutschland, wie es nach 1918 der Fall war. Deshalb ist die NATO so wichtig.

In Bezug auf die nukleare Zusammenarbeit müssen wir darüber nachdenken, was mit nuklearer Artillerie, Lance und Follow-On-To-Lance (FOTL) passieren wird. Was wird Ihr Kongress zu FOTL sagen? Und wie werden diese Waffen in Osteuropa wahrgenommen? Aber wir müssen in der NATO bleiben, und die US-Streitkräfte müssen in Europa bleiben.

Der Präsident: Ich würde gern ein paar allgemeine Bemerkungen machen. Wir werden uns weiterhin in Europa engagieren. Wir stehen hierzu unter einem gewissen Druck, das Niveau der US-Truppen und der Verteidigungsausgaben zu senken. Wir werden gefragt: Wer ist der Feind? Der Feind ist Unberechenbarkeit, Apathie und Destabilisierung. Aber wir werden in Europa bleiben. Es wird ein harter Kampf. Was FOTL betrifft, FOTL ist tot wie ein Türnagel.

Bundeskanzler Kohl: Wir geraten in eine Atomdiskussion weit vor 1992. Es wird ein Wahlkampfthema dieses Jahr sein. Zum das Lance-Thema möchte ich den Eindruck vermeiden, dass die USA der öffentlichen Meinung in Europa nachgegeben.

Der Präsident: Der Kongress wird sehr wahrscheinlich das FOTL-Programm nicht finanzieren.

Das Konzept, dass Deutschland in der NATO ist, ist absolut entscheidend. Ich denke ungern an ein weiteres Frankreich in der NATO. Wir brauchen die volle Teilnahme Deutschlands an der NATO. Es wird für Europa stabilisierend sein. Wir werden weiterhin US-Truppen in Deutschland und in Europa behalten, trotz des Drucks.

Ich mache mir Sorgen, wenn ich höre, wie der polnische Ministerpräsident davon spricht, sowjetische Truppen in Osteuropa zu halten. Ich bin nicht gerade begeistert, wenn ich höre, dass Polen den Verbleib der Sowjets wollen könnte, wegen der Frage der deutsch-polnischen Grenze. Das gefällt mir nicht, und das will ich nicht akzeptieren.

Bei all dem wollen wir gemeinsam mit Ihnen eine Schlüsselrolle spielen. Sie wissen, und ich weiß, dass Ihre europäischen Nachbarn deswegen nervös sind. Manchmal vergesse ich zu konsultieren. Aber Sie und ich müssen darauf achten, unsere kleineren NATO-Partnern zu konsultieren.

Bundeskanzler Kohl: Ja.

Der Präsident: Genscher hat in Ottawa gegenüber den Italienern diese Erklärung abgegeben: "Ihr seid nicht im Spiel." Dies beleidigte Italien und einige der anderen

Jungs. Ich werde versuchen, empfindsam auf ihre Bedenken einzugehen. Auch Genscher muss sensibel sein. Ich unterstelle nicht, dass Sie nicht sensibel waren.

Bundeskanzler Kohl: Dem stimme ich voll und ganz zu. Ich war nicht in Ottawa, aber ich hatte einige Konsequenzen aus Genschers Tat auszuhalten. Und ich mochte es nicht. Es war total unnötig. Es ist auch nicht mein Stil. Für die Sache gibt es innenpolitische Gründe. Genscher hat Ärger mit seiner Partei.

Alle außer mir sind verwirrt. Mir geht es gut, aber die anderen Parteien sind durcheinander, auch die FDP. Was die Ottawa-Sache angeht, ist mir natürlich klar, dass ich mit Andreotti und den anderen eine meisterhafte Reanimation machen muss.

Das gleiche werde ich irgendwann mit Francois Mitterrand machen. Er hat sich fest gehalten. Die meisten Franzosen sind auf unserer Seite, aber die politische Klasse ist gegen uns. Aber wir müssen weiter an dem Problem arbeiten. Auch Kopenhagen und Norwegen sind harte Fälle. Die Niederlande und Großbritannien sind ebenfalls Probleme. Margaret Thatcher: Ich kann nichts für sie tun. Ich kann sie nicht verstehen. Das Imperium baute im Kampf gegen Deutschland ab – sie glaubt, dass Großbritannien diesen enormen Preis bezahlt hat, und nun ist Deutschland wieder da.

Der Präsident: So sehen wir das nicht. Wir fürchten das nicht Geister der Vergangenheit; Margaret tut es. Aber Sie und wir müssen uns nach hinten beugen, um uns zu konsultieren und unsere einzigartige Rolle in der Geschichte anerkennen. Ich habe heute Margaret angerufen, nur um ihr zuzuhören, was ich eine Stunde lang getan habe.

Bundeskanzler Kohl: In der Bundesrepublik gibt es Ärger unter den Deutschen, weil wir seit über 40 Jahren verlässliche Partner waren. Warum hilft das nicht? Logik hilft nicht.

Der Präsident: Die Vereinigten Staaten können und werden helfen. Wenn Sie sagen, Deutschland bleibt mit Vollmitgliedschaft in der NATO, das hilft. Margaret hat mir heute gesagt, dass alle die deutsche Einheit erwarten (obwohl sie das vor einem halben Jahr noch anders sah). Aber sie sagte, alle seien besorgt über die Unsicherheiten. Deutschland voll in die NATO eingebunden, das hilft.

Wir unterstützen nicht die Idee polnischer Reparationen. Das mit der polnischen Grenze ist hier angekommen als ein Thema. Ich weiß, dass Sie politische Probleme haben, aber je mehr Sie diesbezüglich tun können, desto besser wird es sein.

Wir wissen, dass amerikanische Atomwaffen ein wesentlicher Teil der US-Militärpräsenz in Deutschland sind. Wenn die amerikanischen Atomstreitkräfte aus Deutschland abgezogen werden, dann sehe ich nicht, wie wir irgendeinen anderen Verbündeten auf dem Kontinent überzeugen können, diese Waffen zu dulden. Denn wenn es eine Krise gibt, brauchen wir die atomare Präsenz in Deutschland. Unsere Öffentlichkeit sieht die atomare Abschreckung als den Schutz für unsere Jungs. Ich fürchte, dass wir, wenn wir die Atomwaffen verlieren, zuhause den Rückhalt für die US-Truppen unterminieren.

Bei der Zwei plus Vier wollen wir nicht, dass die Sowjets diesen Mechanismus als Instrument benutzen, um Sie zu zwingen, das Deutschland zu schaffen, das sie sich wünschen würden. Ich habe Sorge, dass die Zwei plus Vier nicht Ihrem Dialog mit der DDR über das Wesen der Vereinigung im Wege stehen wird. Ich fürchte, dass eine zu frühe Beteiligung an Zwei-plus-Vier-Gesprächen die Sowjets zum Eingreifen anregen würde.

Ich sagte Margaret, dass die Zwei plus Vier sich darauf konzentrieren sollten, wie die Vier Mächte ihre Rechte und Pflichten für Deutschland als Ganzes und für Berlin aufzugeben. Ich würde es ungern sehen, wenn sich Zwei plus Vier in die Frage der Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO einmischt.

Bundeskanzler Kohl: Gorbatschow wird seine eigene Sichtweise auf die NATO haben.

Minister Baker: Ich glaube, Gorbatschow und Schewardnadse glauben, dass die US-Streitkräfte eine stabilisierende Präsenz sind. Die Sowjets haben ihre endgültige Position zu Deutschland und der NATO noch nicht festgelegt.

Der Präsident: Die volle deutsche Mitgliedschaft ist an unsere Fähigkeit gebunden, US-Truppen in Europa zu unterhalten. Das müssen Sie verstehen.

Bundeskanzler Kohl: Das gefällt mir sehr gut. Ich will Amerika in Europa haben, und nicht nur seine militärische Präsenz. Ich möchte das Konzept einer Festung Europa ausmerzen. Hunderte von Stufen sind erforderlich, aber wir müssen die Festung Europa unmöglich machen.

Minister Baker: Die NATO ist die Daseinsberechtigung dafür, US-Streitkräfte in Europa zu halten. Wenn die Sowjets die USA in Europa wollen, müssen sie die NATO akzeptieren. Wir könnten keine US-Streitkräfte in Europa auf dem Boden eines Nicht-Vollmitglieds der NATO haben.

Bundeskanzler Kohl: Die Sowjets verhandeln. Aber das kann auf eine Geldfrage hinauslaufen. Sie brauchen Geld.

Der Präsident: In Bezug auf die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen wollen wir, dass Gorbatschow erfolgreich ist. Wir wollen einen erfolgreichen amerikanisch-sowjetischen Gipfel, der ihm zu Hause Auftrieb geben wird. Wir wollen, dass ein KSE-Abkommen unterzeichnet wird. Ein KSZE-Gipfel. Ein START-Abkommen in diesem Jahr.

Allerdings sind die Sowjets nicht in der Lage, Deutschlands Verhältnis zur NATO zu diktieren. Was mich beunruhigt, ist das Gerüde, Deutschland dürfe nicht in der Nato bleiben. Zum Teufel damit. Wir haben uns durchgesetzt und sie nicht. Wir können nicht zulassen, dass die Sowjets den Sieg aus der Niederlage einen Sieg ziehen.

Wir haben heute in unserem Kongress seltsame Gedanken, Ideen wie diese Friedensdividende. Das können wir in diesen unsicheren Zeiten nicht tun. Wir können nicht zulassen, dass der polnische Ministerpräsident vorschreibt, wie viele Sowjets bleiben. Wir müssen zusammenhalten und die Dinge klären.

Bundeskanzler Kohl: Die Sowjets könnten für eine begrenzte Zeit in Deutschland bleiben, wenn das eine Lösung wäre, wenn die Zeit begrenzt ist. Es darf aber nicht über einen längeren Zeitraum sein.

Der Präsident: Nur damit wir nicht sagen: Alle Sowjets müssen verlassen, also müssen auch alle US-Truppen Deutschland verlassen.

Bundeskanzler Kohl: Nein. Wie ich sagte, gibt es einen Unterschied zwischen 6000 Kilometer entfernt sein und 600 Kilometer entfernt sein. Es ist ein Unterschied von zehn zu eins. Sie müssen bleiben, auch wenn die Sowjets Deutschland verlassen.

Der Präsident: Auf einem KSZE-Gipfel habe ich zugestimmt, dieses Jahr an einem KSZE-Gipfel teilzunehmen, wenn wir einen KSE-Vertrag abschließen können, der auf dem Treffen unterzeichnet werden kann. Der Gipfel sollte überprüfen, wie wir in den drei KSZE-Körben abschneiden. Ich hoffe, dass der Gipfel neue KSZE-Richtlinien für die Durchführung freier Wahlen billigen wird, um uns dabei zu helfen, das Entstehen echter Demokratie in Osteuropa zu schützen.

Auch wenn dieser KSZE-Gipfel in gewisser Weise die Aktivitäten von Zwei plus Vier anerkennen könnte, wollen wir nicht, dass sich der KSZE-Gipfel auf Deutschland konzentriert oder ein Treffen wird, das versucht, die Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO zu untergraben.

Schließlich müssen wir versuchen, den KSZE-Prozess zu stärken. Aber Sie stimmen mir sicher zu, dass die KSZE nicht die NATO als Kern der Abschreckungsstrategie des Westens in Europa und als grundlegende Rechtfertigung für US-Truppen in Europa ersetzen kann. Sollte das passieren, haben wir ein echtes Problem.

Bundeskanzler Kohl: Ich möchte nicht, dass der KSZE-Gipfel ein Diskussionsforum für das Deutschlandproblem wird. Aber Gorbatschow braucht einen KSZE-Gipfel. Und Sie werden bei einem amerikanisch-sowjetischen Gipfel große Fortschritte bei der Rüstungskontrolle machen. Sie können am Fortschritt in den drei Körben arbeiten.

Minister Baker: Was sollten wir noch besprechen? Wie sieht es aus mit den nächsten Verfahrensschritten im Zwei-plus-Vier-Prozess?

Der Präsident: Und die Innenpolitik in Deutschland. Wir unterstützen Sie aufgrund Ihrer Grundsätze und weil wir daran ein großes Interesse haben. Mit Ihnen am Steuer fühlen wir uns wohl.

Bundeskanzler Kohl: Wir bleiben bei zwei Linien: einer innerdeutschen und einer internationalen Linie. Es ist wichtig, dass Sie die amerikanisch-sowjetische Abrüstung fortsetzen, damit niemand sagen kann, dass die deutsche Frage den Fortschritt in der Rüstungskontrolle bremst. Ich werde die EC-Integration mit meinem ganzen Gewicht vorantreiben. Am letzten Samstag im April findet ein besonderer EC-Gipfel statt. Wir brauchen so viele Beratungen wie möglich. Wir müssen offen mit den Sowjets sprechen. Es wäre gut für die USA, mit den Sowjets außerhalb von Zwei plus Vier über die deutsche NATO-Mitgliedschaft zu sprechen. Auf diese Weise werden die Sowjets verstehen, dass zwischen den USA und der Bundesrepublik eine totale Übereinstimmung besteht, ohne irgendwelche Spielchen. Die Sowjets sind vielleicht eher bereit, Ihnen den wahren Preis für ihre Vereinbarung zu nennen.

Minister Baker: Es ist wichtig, dass wir starke öffentliche Signale für eine fortgesetzte Vollmitgliedschaft Deutschlands in der NATO schicken.

Bundeskanzler Kohl: Natürlich. Wir sind uns vollkommen einig. Es wird Bedenken für die Sowjets geben, wenn Deutschland in der NATO bleibt, für ihre Sicherheit. Und sie werden etwas dafür bekommen wollen.

Der Präsident: Sie haben tiefe Taschen.

Bundeskanzler Kohl: Jetzt, zum Thema Zwei plus Vier, müssen wir bei sehr eng zusammenarbeiten. Nach den Wahlen werden wir Sie über die Entwicklungen mit den beiden Deutschlands auf dem Laufenden halten. Die Sowjets werden wahrscheinlich die neue DDR-Regierung beeinflussen. Wir müssen jeden Schritt koordinieren, zusammen mit Großbritannien und Frankreich.

Innenpolitisch ist die Stimmung in der BRD zwar vereinigungsfreundlich, hat aber Angst vor den erforderlichen Opfern. Dies werden keine großen Opfer im historischen Sinne sein, aber die Leute machen sich Sorgen. Wir zahlen jetzt 22 Milliarden DM für die Subventionierung Berlins und 30 Milliarden DM Steuervergünstigungen für Berlin pro Jahr. Diese Kosten werden verschwinden. Wenn ich die Bilanz nach 10 Jahren zusammenzähle, werden wir Geld verdienen.

Nun zur politischen Lage in der DDR. Wer in Leipzig lebt, muss 79 Jahre alt sein, um zuvor die Möglichkeit gehabt zu haben, an freien Wahlen teilzunehmen. Im November 1932 wären sie 21 Jahre alt geworden. Damit ist alles gesagt. In Ost-Berlin sind 32.000 Menschen bei der Staatssicherheit beschäftigt. Das hat Spuren hinterlassen, hat die Menschen geprägt. Es gibt keine Mittelschicht. Es gibt keine reichen Leute. Die Sozialstruktur ist verzerrt. Es wird einige Zeit in Anspruch nehmen. Es ist ein Bauern- und Arbeiterstaat. Plötzlich wird eine Marktwirtschaft eingeführt.

Die erste Wahl wird nicht typisch sein. Es wird zwei oder drei Wahlen dauern, bevor die Dinge eine klarere Form annehmen. Ich will diese Wahl am 18. März, dann Kommunalwahlen im Mai, dann Landtagswahlen Wahlen in der DDR, dann Bundestagswahl im Dezember, und dann – nächstes Jahr – gesamtdeutsche Wahlen. Wir hatten die gleiche Situation 1946 bis 1949. Wenn ich dieses Jahr in der Bundestagswahl gewinnen kann, kann ich nächstes Jahr bei der gesamtdeutschen Wahl gewinnen. Dies wird mir Zeit geben. Wenn ich Wahlen verschiebe, wäre ich nicht mehr im Amt.

Die neue Regierung der DDR wird viele unangenehme Entscheidungen treffen müssen, über ineffiziente Industrien, die Folgen der Einführung von Angebot und Nachfrage und über die Umwelt. Sie werden diese Entscheidungen treffen müssen. Sie müssen anfangen, echte Politiker zu werden.

Minister Baker: Da gäbe es 1991 gesamtdeutsche Wahlen.

Bundeskanzler Kohl: Wenn ich irgendwelchen Einfluss habe ...

Minister Baker: Was ist, wenn die Länder versuchen, der Bundesrepublik unter Artikel 23 beizutreten? Wird Sie das dazu zwingen, die Wahlen vorzuziehen?

Bundeskanzler Kohl: Nein. Ich will eine abgestufte Strategie von der erfolgreichen Währungsunion zur Bundestagswahl im Dezember 1990 und weiter zu den gesamtdeutschen Wahlen 1991. Ich will DDR-Politiker in die Zukunft eines vereinten Deutschlands einbeziehen.

Die SPD in der DDR ist die stärkste Partei. Es ist eine Region, in der diese Partei über lange Zeit historische Stärke hatte. Das wird einige Emotionen aufrühren. Dann gibt es die sogenannten konservativen Parteien – die ehemaligen Liberalen, die ehemaligen Christdemokraten. Die Leute erinnern sich, dass sie mit der SED zusammengearbeitet haben. Nach den ersten Wahlen wird Zeit benötigt. Nur zwei Personen sind wichtig bei den DDR-Wahlen. Willy Brandt, der 75 Jahre alt ist, und ich. Ich werde sechs Wahlkampfauftritte in der DDR haben. Hunderttausende Jugendliche kommen zu meinen Kundgebungen. Aber was auch immer bei der Wahl passiert, die neue DDR-Regierung wird sich ihrer Verantwortung stellen müssen. Vor gesamtdeutschen Wahlen werden wir Zeit brauchen.

Der Präsident: Was sagen Ihre politischen Gegner in der Bundesrepublik darüber, wie Sie die deutsche Vereinigung handhaben?

Bundeskanzler Kohl: Sie werfen mir vor, dass ich nicht genug Geld in die DDR stecke. Das werde ich nach dem 18. März tun. Die Leute werden nur zu Hause bleiben, wenn sie Bargeld in der Hand haben. Es ist das gleiche Problem, das Gorbatschow hat.

Der Präsident: Glauben Sie, dass Ihre deutschen innenpolitischen Gegner versuchen werden, sich einer vollen deutschen Mitgliedschaft in der NATO und US-Truppen in Deutschland entgegenzustellen?

Bundeskanzler Kohl: Was die NATO angeht, sind alle dabei für die Vollmitgliedschaft. Einige in der SPD diskutieren die deutsche Mitgliedschaft in der NATO nach französischem Vorbild. Ich glaube nicht, dass es ein großes Problem sein wird. Über US-Truppen mag es unterschiedliche Meinungen geben. Schlimmer noch, in den nächsten zwei Monaten werden FOTL und Atomartillerie in allen Parteien als Themen hochkommen. Die Debatte wird sich intensivieren. Die Reichweite dieser Raketen macht diese Systeme politisch unhaltbar. Es muss eine Entscheidung der USA geben, und nicht unter Druck. Die Sowjets müssten ihre auch entfernen – das wäre der Vorschlag der USA.

Minister Baker: Wir hoffen, dass wir im Juni oder September ein KSE-Abkommen haben werden.

Der Präsident: Was möchten Sie, dass wir in Bezug auf FOTL tun? Was würde Ihnen am meisten helfen?

Bundeskanzler Kohl: Für den US-Präsidenten ist es unabdingbar, dass er nicht unter äußerem Druck nachgibt. Die Frage ist natürlich, zu versuchen, die Sowjets einzubeziehen.

General Scowcroft: Die FOTL-Finanzierung wird im Mai weg sein.

Bundeskanzler Kohl: Die Initiative sollte von Ihnen ausgehen, nicht vom Kongress. Könnte man das nicht bei den Sowjets ansprechen?

Minister Baker: Vielleicht könnten wir „keine Modernisierung von Lance“ mit unserer Position in Verbindung bringen, wenn wir in die SNF-Verhandlungen gehen.

General Scowcroft: Die sowjetischen System sind im Großen und Ganzen schon modernisiert.

Bundeskanzler Kohl: Darüber wird in Ihrem Kongress eine Debatte stattfinden, die in vier bis sechs Wochen beginnt, was uns sofort eine Debatte in Deutschland bringen wird.

Der Präsident: Wir wollen eine Position, die Ihnen hilft und nicht das Bündnis unterminiert. Die Autorität des Präsidenten ist hier auch wichtig.

General Scowcroft: Es gibt zwei Möglichkeiten, wie wir es tun können: (1) wir können kämpfen, um das Geld nicht freizugeben, oder (2) wir können Sie die Annullierung zu Ihrem politischen Nutzen bekannt geben lassen.

Minister Baker: Die letztjährige Debatte im Bündnis war über die SNF-Verhandlungen. Wenn wir FOTL in die SNF-Verhandlungen einbinden könnten, könnte das beim Kongress helfen.

Bundeskanzler Kohl: Die Atomartillerie ist auch ein Teil des SNF-Themas. Das müssen wir im Hinterkopf behalten.

Minister Baker: Vielleicht können wir dieses Jahr mit SNF-Verhandlungen beginnen und FOTL einklinken.

Bundeskanzler Kohl: Mein Problem ist Ihre Debatte im Kongress.

Minister Baker: Es könnte in den nächsten 30 Tagen eine Ankündigung geben, dass wir FOTL im Haushaltsjahr 1991 nicht finanzieren werden, weil wir abwarten, was in den SNF-Verhandlungen passieren wird.

Bundeskanzler Kohl: Es wäre gut, bald eine Entscheidung zu treffen. Aber wenn Sie dem Kongress sagen würden, dass Sie nächstes Jahr eine modernisierte Lance beantragen könnten, wenn die SNF-Verhandlungen scheitern, wäre das für mich schlimmer als die gegenwärtige Situation.

Frau Thatcher spricht mit mir auf eine Weise, die ich von niemand sonst akzeptieren würde. Sie isoliert sich von ihren eigenen Landsleuten. Ich habe ihr einmal gesagt, dass ich Post-Churchill war, aber sie wäre Prä-Churchill.

Minister Baker: Ich möchte eine Bemerkung zu den polnischen Grenzen machen. Das Zwei plus Vier wird überwiegend ein Mechanismus für Konsultationen sein. Es kann keine Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für andere Länder treffen, wenn sie nicht anwesend sind. Es kann kein zweites Jalta sein. Warum können Sie auf der Pressekonferenz nicht sagen, dass „Zwei plus Vier“ ein Diskussionsmechanismus ist, also ist Polen kein Mitglied, aber sie müssten in alle Fragen einbezogen werden, die sie grundlegend betreffen. Das Zwei Plus Vier ist in erster Linie ein Konsultations- und Diskussionsmechanismus. Viele Fragen können nur von den Deutschen entschieden werden.

Zum militärischen Status der DDR bezieht Vollmitgliedschaft in der NATO andere mit ein, aber die Entscheidung obliegt einer souveränen deutschen Regierung. Da die Diskussionen andere betreffen, würden die anderen Länder mit am Tisch sitzen, wenn ihre Themen besprochen werden.

Bundeskanzler Kohl: Zu einem anderen Thema: Ich möchte, dass jemand den deutsch-amerikanischen Jugendaustausch vorantreibt. Die brauchen etwas mehr Schwung.

– Ende des ersten vollen Treffens –